

HIN ZUR REVISION DER STRATEGIE EUROPA 2020

HINTERGRUND

Im Juni 2010 hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs die Strategie der EU für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bis zum Jahr 2020, kurz [Europa 2020](#), beschlossen. Sie löste die [Lissabon-Strategie](#) für Wachstum und Beschäftigung ab und sucht Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die 2001 beschlossene und [2005 erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie](#) erweiterte die Lissabon-Strategie um die Umweltdimension und verstand sich als eine Ergänzung des Engagements der EU für wirtschaftliche und soziale Erneuerung. Am 25. Oktober 2012 hat der Rat der [Europäischen Union \(Umweltrat\)](#) gefordert, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten und die Ergebnisse von Rio+20 darin umzusetzen. Die EU-Kommission sieht Europa 2020 aber als den wirksameren Rahmen zur Erreichung der [drei Dimensionen der Nachhaltigkeit](#) an. Deswegen hat sie eine eigenständige europäische Nachhaltigkeitsstrategie faktisch aufgegeben.

2014 steht die Revision der Strategie Europa 2020 an. Zur Vorbereitung hat die EU-Kommission im März 2014 eine Bestandsaufnahme veröffentlicht und bis [zum 31. Oktober eine öffentliche Konsultation](#) geschaltet.

EUROPA 2020 UND RESSOURCENEFFIZIENZ

Eine der [sieben Leitinitiativen von Europa 2020](#) bezieht sich auf die Ressourceneffizienz mit einem sehr breiten Ansatz. Im Rahmen der Leitinitiative ressourcenschonendes Europa hat die EU-Kommission mehrere Langfriststrategien entwickelt. Dazu zählen die Strategien für eine klimaschonende Ökonomie, den klimafreundlichen Umbau des Energie- und Verkehrssystems bis 2050, eine ökologische Qualifizierung des europäischen Haushalts inklusive der Reform der Agrar- und Strukturpolitik, eine erneuerte Biodiversitätsstrategie, den eigentlichen [Fahrplan ressourcenschonendes Europa](#) mit vielen weitreichenden Ansätzen und auch das [7. Umweltaktionsprogramm](#). Allerdings muss sich Ressourceneffizienz in der Strategie Europa 2020 dem übergeordneten Ziel unterordnen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die fünf Kernziele der Europa-2020-Strategie sind folgende: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimaschutz und Energie, Bildung und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Obwohl die EU-Kommission einsieht, dass [Ressourceneffizienz eine wirtschaftliche Notwendigkeit](#) ist, ist dies nicht in der Strategie Europa 2020 durch ein eigenes Ressourceneffizienzziel verankert.

Schon im Dezember 2011 forderten die EU-UmweltministerInnen ein verbindliches Ressourceneffizienzziel. Das [Abschlussdokument](#) enthält eine Roadmap mit mittel- und langfristigen Zielen. Es werden die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, ein Ressourceneffizienzziel in das Europäische Semester zu integrieren.

Umweltkommissar Janez Potočnik hat vorgeschlagen, in der Revision der Europa 2020 Strategie die fünf Ziele um ein Ressourceneffizienzziel zu erweitern (ENDS Europe daily – 19.9.2014). Gemäß dem im Juli 2014 veröffentlichten [Abfallpaket](#) schlägt er ein [Ressourcenproduktivitätsziel](#) von 30 Prozent bis 2030 vor. Das heißt, die EU soll ihre Ressourcenproduktivität bis 2030, gemessen am Verhältnis vom Rohstoffeinsatz zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), um 30 Prozent steigern. Die [Europäische Ressourceneffizienzplattform \(EREP\) hatte in ihrem Endbericht](#) die Verdopplung der

Ressourcenproduktivität bis 2030 gefordert – ausgehend von dem Verbrauch vor der Wirtschaftskrise. Das entspräche 2014 ebenfalls einem 30-Prozent-Ziel.

STECKBRIEF

EUROPÄISCHES SEMESTER

Das [Europäische Semester](#) ist ein Instrument der wirtschaftlichen Steuerung der EU, das im Rahmen der Strategie Europa 2020 beschlossen wurde. Das Europäische Semester dient als Hilfestellung und Zeitplan, um die vorgesehenen Ziele der Europa-2020-Strategie zu erreichen. Es sieht außerdem eine Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und der Beschäftigungspolitiken vor. Europäische Leitinitiativen und Kernziele sollen in nationale Ziele übersetzt werden. Durch das Europäische Semester evaluiert die EU-Kommission regelmäßig die wirtschaftspolitischen Beiträge der Mitgliedstaaten zu den vereinbarten Zielen und Maßnahmen. Bisher sind nur die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aktiv an dem Prozess beteiligt, nicht aber das EU-Parlament und die Zivilbevölkerung. Deshalb haben sich im April 2014 16 EU-Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften zu einem neuen Bündnis für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europäisches Semester zusammengeschlossen. Diese [Semesterallianz](#) will mit ihrer Arbeit die Zivilgesellschaft stärker in die Prozesse des Europäischen Semesters einbringen, um die nachhaltigen, sozialen und ökologischen Ziele effektiver zu erreichen. Auch vom [EU-Parlament gab es Vorstöße](#), stärker beim Europäischen Semester mit eingebunden zu werden.

Allerdings scheidet die Theorie an der Praxis. [Sven Giegold \(MdEP, Die Grünen\) hat die Ergebnisse des Europäischen Semesters 2014 bewertet](#). Er zeigt auf, dass 2013 die Regierungen der Mitgliedstaaten nur 15 Prozent der wirtschaftspolitischen Empfehlungen in die Tat umgesetzt hätten. Daher kritisiert er die fehlende Transparenz des Europäischen Semesters und schlägt dafür eine Vergleichstabelle zu den Reformfortschritten der Mitgliedstaaten vor. Giegold kritisiert insbesondere den mangelnden Reformwillen Deutschlands und die „immer gleichen Reformvorschläge der EU-Kommission.“ Die meisten Empfehlungen seien mit den Ratschlägen der Vorjahre identisch. Zudem würde die EU-Kommission die Europa 2020-Ziele zu CO₂-Emissionen und zu erneuerbaren Energien ausblenden und damit die Forderungen des EU-Parlaments ignorieren, die EU 2020-Ziele als Kernbestandteil des Europäischen Semesters zu verankern.

Neben wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen soll das Europäische Semester auch ökologische Ziele verfolgen ([Greening des Europäischen Semesters](#)). Dies forderte zuletzt der Ausschuss für Umweltfragen des Europäischen Parlaments in einer [Stellungnahme vom 24. September 2014](#). Die [Leitinitiative ressourcenschonendes Europa](#) sieht gemeinsam mit dem [Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa](#) vor, dass Ressourceneffizienz ab 2012 in das Europäische Semester verankert wird. Hierzu gehört vor allem die Überwachung umweltschädlicher Subventionen sowie die Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltbelastungen. Analysen der nationalen Reformprogramme haben aber gezeigt, dass Ressourceneffizienz und die dazugehörigen Maßnahmen wie der Abbau von umweltschädlichen Subventionen in den letzten Jahren nur in wenigen Reformprogrammen Berücksichtigung fanden. Auch die Empfehlungen der EU-Kommission, die diesen Reformprogrammen folgten, machten bisher selten auf die unzureichenden oder nicht vorhandenen politischen Maßnahmen aufmerksam. Um dem entgegenzuwirken haben die [Semesterallianz](#) sowie [Green Budget Europe, das Europäische Umweltbüro und CEE Bankwatch](#) 2014 eigene Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht.

EUROPA 2020 UND DIE EU-NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

Zieldifferenzen und Unterschiede

Das vom Sachverständigenrat für Umweltfragen erarbeitete [Umweltgutachten 2012](#) (S. 376 ff.) erläutert die Zieldifferenzen zwischen der Strategie Europa 2020 und der Nachhaltigkeitsstrategie. Eine Strategie, die an Konzepte des grünen Wachstums und der ökologischen Modernisierung anknüpft, könne nicht dieselben Ziele haben wie eine Strategie, deren Nachhaltigkeitsverständnis die ökologischen Grenzen und damit grundlegende Veränderungen der Industrienationen thematisiert.

Das breite Themenspektrum der Europa-2020-Strategie decke wichtige Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie ab. Insgesamt seien von der Europa-2020-Strategie wesentlich weiterreichende und stärker innovatorische Impulse zu erwarten als von der EU-Nachhaltigkeitsstrategie. Europa 2020 stoße zu einem neuen Politikprozess an, die weitreichende Ziele verfolgen, wie zum Beispiel die Klimaneutralität der Stromversorgung. Außerdem werde der Umsetzungsprozess durch das Europäische Semester und verstärkt hierarchisch vom Generalsekretariat der Europäischen Kommission gesteuert. Die Europa-2020-Strategie lässt sich in ihren Umwelteilen als Beispiel für eine am Leitbild einer grünen Wirtschaft orientierten Strategie interpretieren. Die durchaus anspruchsvollen Ziele würden aber nicht systematisch durch ein glaubhaftes Maßnahmenprogramm unterlegt. Bisweilen stünden die verschiedenen umweltpolitischen Strategien der EU unter einem Wachstumsimperativ, da Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit die zentralen Leitmotive der Europa-2020-Strategie seien. Der primär ökonomische Begründungsrahmen gelte auch für die Leitinitiative ressourcenschonendes Europa und für die EU-Biodiversitätsstrategie. Auch sei in den umweltbezogenen Initiativen unter der Europa-2020-Strategie nicht geklärt, wie im Konfliktfall von Umwelt und Ökonomie zwischen gegenläufigen Interessen abgewogen werden soll. Eine eigenständige Begründung von Umweltzielen, wie das in der Nachhaltigkeitsstrategie verankerte Ziel der „Bewahrung der Fähigkeit der Erde, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen und die Achtung der Grenzen ihrer natürlichen Ressourcen“ finden sich in der Europa-2020-Strategie nicht.

Durch die Strategie Europa 2020 habe ein Leitbildwechsel von der Dualität zwischen Wachstums- und Nachhaltigkeitszielen hin zur Notwendigkeit stattgefunden, die Umweltziele ökonomisch zu begründen. Zudem hätten die ökologischen Leitplanken aus Gründen der Zukunftsverantwortung und globalen Gerechtigkeit im Sinne einer Langfristökonomie Priorität gegenüber kurzfristigen Wachstumszielen und bedürften einer eigenständigen und nicht nur abgeleiteten Zielbestimmung. Aus diesen Gründen bedürfe es weiterhin einer Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, die als übergeordnete Langfriststrategie fortgeschrieben werden müsse. Die mit den RIO+20-Zielen zu erneuernde Nachhaltigkeitsstrategie müsse hierbei mit dem umweltpolitischen Zielsystem des 7. Umweltaktionsprogramms verknüpft werden.

Stand

Der Deutsche Bundestag hat 2012 der Einschätzung der EU-Kommission widersprochen, dass die EU-2020-Strategie ein wirksamer Rahmen zur Erreichung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ist ([BT-Drs. 17/11329](#)): *"Der Deutsche Bundestag ist der festen Überzeugung, dass die EU-Nachhaltigkeitsstrategie fortgeführt werden muss. Die EU-Kommission vertritt dagegen die Sichtweise, dass die EU-Nachhaltigkeitsstrategie in der EU-2020-Strategie aufgegangen sei. Dieser Einschätzung widerspricht der Deutsche Bundestag und bekräftigt seine Auffassung, dass die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie einen wichtigen bereichsübergreifenden Rahmen für weitere EU-Strategien darstellt."*

Am 25. Oktober 2012 hat der Umweltrat der EU gefordert, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten: Der Umweltrat „bekräftigt die unverminderte Entschlossenheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten, ehrgeizige Folgemaßnahmen für Rio+20 zu ergreifen sowie Maßnahmen und Initiativen für weitere Fortschritte in die Wege zu leiten und alle Verpflichtungen des Abschlussdokuments auf Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten voll und ganz in die Praxis umzusetzen, insbesondere im Rahmen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung – die daher so bald wie möglich, spätestens jedoch 2014, unter Berücksichtigung der Mitteilung, die von der Kommission im ersten Quartal 2013 zu verabschieden ist, überarbeitet werden sollte – sowie im Rahmen der Strategie Europa 2020 und durch Brückenschläge, die Einbindung der Partner und die Schaffung stärkerer Bündnisse auf regionaler und internationaler Ebene.“

FORDERUNGEN DER UMWELTVERBÄNDE ZUR REVISION

- Die Europa-2020-Strategie deckt die europäische Nachhaltigkeitsstrategie nicht ausreichend ab. Daher ist die Revision der Strategie ein guter Zeitpunkt, die **Europäische Nachhaltigkeitsstrategie wiederzubeleben** und um die Ziele von Rio+20 zu erweitern und sie als allumfassenden Rahmen in der Strategie Europa 2020 zu verankern.
- Die EU-Kommission muss in der Revision der Europa 2020 Strategie die fünf Ziele **um ein verbindliches Ressourceneffizienzziel erweitern**. Allerdings kritisieren die Umweltverbände das von der EREP vorgeschlagene 30-Prozentziel als nicht ambitioniert genug. Friends of the Earth Europe und der DNR schlagen einzelne Indikatoren für die Ressourceneffizienz von Land, Wasser, Materialien (Total Material Consumption 'TMC') und CO₂ vor.
- Das Europäische Semester muss dahingehend reformiert werden, dass **mangelnder Reformeifer der Mitgliedstaaten sanktioniert** werden kann.
- Die Ziele von Europa 2020 – mit Blick auf das 7. Umweltaktionsprogramm – müssen im Europäischen Semester verankert werden. Das Greening des Europäischen Semesters sollte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erfolgen. So müssen die im Fahrplan ressourcenschonendes Europa im Europäischen Semester verankerten Maßnahmen, wie **der Abbau umweltschädlicher Subventionen und der Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltbelastungen, auch wirklich ins Europäische Semester einfließen**.
- Das Europäische Semester und die Empfehlungen der EU-Kommission müssen **transparenter** sein.
- Die **Zivilgesellschaft und das Europäische Parlament müssen stärker in den Prozess des Europäischen Semesters eingebunden** werden.

Förderhinweis: Dieses Projekt wurde gefördert von:

Die Verantwortung für den Inhalt der Projekte liegt bei den AutorInnen

